

# Palästina und der Atomstaat Israel

Wir weisen auf das Rücktrittsschreiben hin von Craig Mokhiber, Leiter der OHCHR in Neu York .

**Vorweg:**

**Teil vom 2.6.22:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina2.pdf>

**Teil vom 9.8.22 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina3.pdf>  
mit Aktueller Analyse von Moshe Zuckermann

**Teil vom 2.11.22 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina4.pdf>  
vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl in Israel

**Teil 2 vom 2.2.23 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Isreal-Teil-2.pdf>

**Teil 3 vom 29.3.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-3.pdf>

**Teil 4 vom 7.4.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-4.pdf>

**Teil 5 vom 18.5.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-5.pdf>

**Teil 6 vom 8.6.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-6.pdf>

**Teil 7 vom 6.7.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-7.pdf>

**Teil 8 vom 27.7.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-8.pdf>

**Teil 9 vom 24.8.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-9.pdf>

**Teil 10 vom 10.10.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-10.pdf>

**Teil 11 vom 14.10.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-11.pdf>

**Teil 12 vom 20.10.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-12.pdf>

**Teil 13 vom 27.10.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina->

[und-der-Atomstaat-Israel-Teil-13.pdf](#)

**Teil 14 vom 3.11.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-14.pdf>

**Teil 15 vom 10.11.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-15.pdf>

### Zur Info weitergeleitet.

Mit solidarischen Grüßen - Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

[https://t1p.de/impressum\\_a\\_und\\_d](https://t1p.de/impressum_a_und_d)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

### Nachfolgend weitere Berichte als Teil 16:

**.) Fotoreihe: 09.11.23 Kundgebung Frieden Freiheit Gerechtigkeit Gemeinsam für Menschenrechte im Nahen Osten:**

<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20231109/album/index.html>

**.) Bundesregierung: auf einem Auge blind?**

<https://lostineu.eu/wegen-kritik-an-israel-habeck-cancel-t-portugal/>

Wir empfehlen eine "Sternstunde Philosophie" mit dem deutsch-israelischen Philosophen Omri Boehm <https://www.youtube.com/watch?v=kd3Z3OFrBGY>

Habeck cancelt Portugal wegen Kritik an Israel.

Während sich Frankreich für eine Waffenruhe in Gaza einsetzt und Belgien über Sanktionen gegen Israel nachdenkt, sagt Wirtschafts-Minister Habeck eine Reise nach Portugal ab. Der Grund: Kritik an Israel!

Die Nahost-Debatte läuft in Deutschland völlig anders als im Rest der EU. „Deutschland isoliert sich“, [schrieben wir in diesem Blog](#), nachdem Berlin beim EU-Gipfel in Brüssel alle Rufe nach einer Waffenruhe in Gaza abgeblockt hatte.

Nun erreicht die Isolierung ein neues Level – den Austausch auf Regierungsebene. Wirtschaftsminister Habeck hat eine Reise zu einer Konferenz in Portugal gestrichen, weil dort angeblich antisemitische Umtriebe drohen.

Der Hintergrund: Der Geschäftsführer des Web Summit, an dem Habeck teilnehmen wollte, [hatte mit Äußerungen zum Gazakrieg eine Kontroverse ausgelöst und war daraufhin zurückgetreten](#).

Cosgrave hatte auf X (vormals Twitter) den Kurs der israelischen Regierung kritisiert

und unter anderem geschrieben: „Kriegsverbrechen sind Kriegsverbrechen, selbst wenn sie von Verbündeten begangen werden.“

Dies und der überraschende Rücktritt des portugiesischen Regierungschefs Costa habe Habeck zur Absage bewegt, heißt es in Berlin. Dabei [spricht sogar die Uno von Kriegsverbrechen durch Israel!](#)

In Belgien denkt man deshalb sogar über [Sanktionen](#) nach. Derweil fordert Frankreichs Staatschef Macron auf einer Gaza-Hilfskonferenz in Paris eine humanitäre Pause und Waffenruhe in Gaza.

Muß Habeck als Nächstes auch eine Reise nach Paris canceln?

**.) In Berlin gingen auch Familien mit Kindern und Vermummte gegen Israel auf die Straße:** <https://jungle.world/artikel/2023/45/gegen-israel-berlin-bleibt-bunt>

Familien mit Kindern, Friedensaktivisten, Queers und auch einige Vermummte ergaben am Samstagnachmittag ein diverses Bild. Rund 8.500 Personen trafen sich in Berlin-Mitte, um gemeinsam gegen den jüdischen Staat auf die Straße zu gehen. Mobilisiert wurde bundesweit – auch von linken Gruppen wie beispielsweise »Hände weg vom Wedding«, die sich sonst laut Eigendarstellung »gegen den Ausverkauf des Wedding« organisiert.

**.) Den Horror in Gaza beenden:**

<https://www.medico.de/den-horror-in-gaza-beenden-19283>

Israel wird durch die Verbrechen der Hamas nicht seiner eigenen völkerrechtlichen Verantwortung entbunden. Der Krieg muss enden.

**.) Die Geiseln der Hamas: „Ich will nur meine Familie zurück“**

[Die Geiseln der Hamas: „Ich will nur meine Familie zurück“ - taz.de](#)

Unter den von der Hamas entführten Geiseln sind auch 19 Deutsche. Ihre Angehörigen hoffen auf die Bundesregierung. Ein Treffen in Berlin.

**.) Fotoreihe: Kunstaktion Lost Smiles - Gedenken an die Kinder-Opfer des Krieges**

<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20231110/album/index.html>

Sie geben Opfern des Kriegs einen Namen – Palästinenser\*innen und Israel\*innen.

**.) Hamburg: Steindamm wird polizeilich besetzt gehalten um Palästina-**

**Versammlungen zu verhindern:** <https://www.demvolkedienern.org/index.php/de/t-brd/8099-hamburg-steindamm-wird-polizeilich-besetzt-gehalten-um-palaestina-versammlungen-zu-verhindern>

**.) Journalistische Bankrotterklärung :[Berichterstattung zum Gazakrieg: Journalistische Bankrotterklärung, Tageszeitung junge Welt, 10.11.2023](#)**

ARD gibt Sprachregelung zum Nahostkonflikt vor, um Kritik an Israel und Fragen zur Vorgeschichte der jüngsten Eskalation zu vermeiden.

Wer sich angesichts der Berichterstattung über den Gazakrieg oft an den »Neusprech« aus »1984« erinnert fühlt, liegt nicht ganz falsch. Wie in George Orwells Roman werden derzeit in vielen Medien sprachliche Mittel eingesetzt, um ein bestimmtes Bild der Ereignisse zu erzeugen. Ein Beispiel ist die ARD.

Die Nachdenkseiten berichteten Ende Oktober über ein Papier mit dem Titel »**Glossar Berichterstattung Nahostkonflikt**«. Zur internen Nutzung. Stand 18.10.2023«, das dem Portal zugespielt wurde. Auf 44 Seiten gibt das Glossar den ARD-Redaktionen genau vor, was sie über den Nahostkonflikt sagen dürfen und was nicht.

Ziel ist es offensichtlich, keine Kritik an Israel und keine Fragen zur Vorgeschichte der jüngsten Eskalation aufkommen zu lassen, wie schon auf den ersten Seiten des Papiers deutlich wird. Unter der Überschrift »Wie die ›Tagesschau‹ es macht« heißt es da etwa: »Wir sprechen weiterhin von ›Angriff/en aus Gaza auf Israel‹ oder ›Terrorangriff/e auf Israel‹. Es kann aber auch ›Krieg gegen Israel‹ verwendet werden.« Was »unbedingt« vermieden werden müsse, seien Worte wie »Gewaltspirale«. Auch »Eskalation in Nahost« beschreibe die aktuelle Lage nicht ausreichend. Der Zuschauer oder Leser soll also gar nicht erst auf die Idee kommen, dass Israels Politik in den vergangenen Monaten und Jahren zur aktuellen Gewaltexplosion beigetragen hat.

Die Autoren des Glossars wollen keinen Zweifel daran lassen, wer im Nahen Osten die Guten und wer die Bösen sind. »Wie bereits von der Chefredaktion festgelegt, sollten wir nicht euphemistisch von Hamas-›Kämpfern‹, sondern von Terroristen schreiben und sprechen«, heißt es. Als Synonyme böten sich »militante Islamisten«, »militante Palästinenser«, »Terrormiliz« oder ähnliches an. Erklärtes Ziel der Hamas sei die »Vernichtung Israels«. Dazu bediene sie sich terroristischer Mittel, etwa »durch das Verüben von Anschlägen, wahllosen Raketenbeschuss und ähnliches«. Die israelische Armee wird dagegen als Hort der Fairness dargestellt. So heißt es: »Die Hamas unterscheidet – im Gegensatz zur israelischen Armee – in ihren Aktionen nicht zwischen militärischen Zielen und Zivilisten.« Die Autoren des Glossars wissen Mitte Oktober allerdings auch schon, dass bei Israels Angriffen bereits Tausende Zivilisten ums Leben gekommen sind und machen entsprechend Vorgaben, wie man das zu framen hat: »Mit der mutmaßlichen harten Reaktion der israelischen Armee wird sich in den kommenden Tagen der Fokus und damit auch unsere Berichterstattung auf den Gazastreifen und das Leid der dortigen

Bevölkerung verschieben«, heißt es im Glossar. Und mahnend: »Wir sollten dabei aber nicht ausblenden, dass die Hamas den aktuellen Konflikt begonnen hat.«

**.) Solidarität, aber mit wem? Krieg in Israel spaltet Europas Linke :**

<https://www.fr.de/politik/israel-krieg-hamas-angriff-streit-linke-parteien-europa-zr-92668302.html>

Der Krieg in Israel versetzt einen Großteil der Welt in Angst und Schrecken, aber die europäischen Linken haben einen zusätzlichen Grund, sich ein möglichst baldiges Ende des Blutvergießens zu wünschen: Der Konflikt erweist sich als politisches heißes Eisen, das die internen Spaltungen verschärft, die ohnehin fragilen Bündnisse gefährdet und bei den nächsten Wahlen einen hohen Preis zu fordern droht. Die progressive Wählerschaft ist hin- und hergerissen zwischen dem Schock über die Tötung von 1.400 Menschen durch militante Hamas-Kämpfer innerhalb Israels Anfang Oktober - dem schlimmsten Massaker an Juden an einem einzigen Tag seit dem Holocaust - und der Empörung über die Tötung Tausender palästinensischer Zivilisten durch israelische Luftangriffe auf den Gazastreifen. In Ländern wie Frankreich, Großbritannien und Spanien finden sich linke Parteien in schädlichen Auseinandersetzungen darüber wieder, wie die Aktionen der Hamas zu bewerten sind und wie stark Israel in seiner militärischen Reaktion sein darf.

**.) Friedliche Pro-Palästina-Demo am 11. Nov. 23 mit hunderten Teilnehmern zieht durch Hamburg / Demo für Versammlungsfreiheit verläuft friedlich:**

[Friedliche Pro-Palästina-Demo mit hunderten Teilnehmern zieht durch Hamburg | MOPO](#)

Mehrere Hundert Menschen haben sich am Samstag in Hamburg zu einer Pro-Palästina-Demo versammelt. Sie forderten auf Plakaten und Schildern unter anderem ein Ende der Demonstrationsverbote. In Hamburg bleiben Pro-Hamas-Veranstaltungen weiter untersagt.

Die Polizei hat einen genehmigte Pro-Palästina-Aufzug am Samstag durch die Hamburger Innenstadt begleitet. Nach Auskunft des Lagedienstes hatten in der Spitze bis zu 750 Menschen an der Demo teilgenommen, die von Rotherbaum bis zum Grünen Jäger nach St. Pauli zog.

**.) BRD-Waffenlieferungen an Israel verzehnfacht, Definition "Genozid" durch UN-Hochkommissar für Menschenrechte:**

[Bundesregierung verzehnfacht Waffenlieferungen an Israel - World Socialist Web Site \(wsws.org\)](#)

Die Komplizenschaft Deutschlands mit Israel beim Völkermord an den Palästinensern beschränkt sich nicht auf Solidaritätsbekundungen mit der rechten Netanjahu-

Regierung. Die Bundesregierung spielt eine zentrale Rolle bei der Aufrüstung und Bewaffnung der israelischen Kriegsmaschinerie, die in den vergangenen vier Wochen weite Teile des Gazastreifens zerstört und mehr als zehntausend Menschen umgebracht hat – darunter tausende Frauen und Kinder. Nun weitet sie das Blutbad aus und erhält dafür immer mehr deutsche Waffen.

Laut einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vom Mittwoch, der sich auf Informationen des Bundeswirtschaftsministeriums bezieht, hat die Bundesregierung ihre Genehmigungen für Rüstungsexporte nach Israel massiv ausgeweitet. Bis zum 2. November genehmigte sie Ausfuhren in Höhe von knapp 303 Millionen Euro – das entspricht fast dem Zehnfachen des gesamten Jahres 2022 mit etwa 32 Millionen Euro.

Der Großteil, 185 der bislang 218 Einzelgenehmigungen im laufenden Jahr, wurde dabei seit dem Beginn des israelischen Massakers in Gaza erteilt und abschließend bearbeitet. „Aufgrund der aktuellen Lage“ würde die Bundesregierung „Anträge auf Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Israel prioritär bearbeitet und beschieden“, zitiert die dpa einen Vertreter des von Robert Habeck (Grüne) geführten Ministeriums. Die konkreten Lieferungen sind geheim, aber was bekannt ist, macht klar, dass es sich um tödliches Kriegsgerät handelt. Am 12. Oktober teilte das Bundesverteidigungsministerium mit, die Regierung habe einer entsprechenden israelischen „Unterstützungsanfrage“ nach Kampfdrohnen zugestimmt. Dabei handelt es sich um Drohnen des Typs Heron TP aus israelischer Produktion, die Deutschland zur Entwicklung seines eigenen Kampfdrohnenprogramms von Israel geleast hatte. Laut Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bat Israel u.a. auch um Munition für Kriegsschiffe, Schutzwesten, Komponenten für die Luftabwehr und Kommunikationsausrüstung.

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) berichtet zudem, dass Deutschland in den vergangenen Jahren mehr als 1000 Panzermotoren an Israel geliefert hat. Die Grundlage dafür sei eine Exportlizenz aus dem Jahr 2000. Die Motoren seien wahrscheinlich im israelischen Kampfpanzer Merkava-4 und gepanzerten Mannschaftstransportwagen vom Typ Namer verbaut worden. Auch für den israelischen Radpanzer Eitan seien Dieselmotoren geliefert worden.

Hinzu komme die Lieferung von nuklearwaffenfähigen U-Booten der Dolphin-Klasse und Korvetten der Sa'ar-Klasse für die israelische Marine. Insgesamt gibt es laut SIPRI eine enge militärisch-industrielle Zusammenarbeit von deutschen Rüstungsriesen wie Rheinmetall, MBDA Deutschland und Krauss-Maffei Wegmann mit Israel – unter anderem bei der Entwicklung von Raketen und anderer Munition.

**.) Für das Versammlungsrecht! Fotoreihe Pro Palästina Demonstration:**

<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20231111.1/album/index.html>

**.) Gaza, Völkerrecht und deutsche Staatsraison** : <https://www.dw.com/de/hamas-terror-gegen-israel-was-bedeutet-deutschlands-staatsraison/a-67107688>

Der Erklärungsdruck steigt, wie diese Staatsraison konkret aussehen soll.

Für Deutschland ist die Vergangenheit immer gegenwärtig: Der Völkermord an den europäischen Juden in der Zeit des Nationalsozialismus hat bis heute tiefgreifende Auswirkungen auf das Land und die Gesellschaft, beeinflusst Politik und prägt Deutschlands Sicht auf die Welt.

Gegenüber Israel, das von der zionistischen Bewegung nur drei Jahre nach der systematischen Ermordung von sechs Millionen Juden im Holocaust als jüdischer Staat gegründet wurde, sieht der deutsche Staat eine "besondere Verantwortung". Das Engagement für Israel ist mehr als nur ein politisches Ziel, es ist ein elementarer Bestandteil des Selbstverständnisses deutscher Politik.

Das macht Israels Sicherheit und Existenz zur "Staatsraison" Deutschlands. Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat diesen Begriff bereits 2008 in ihrer Rede vor der Knesset, dem israelischen Parlament, verwendet. Ihr Nachfolger Olaf Scholz hat ihn [seit dem brutalen Überraschungsangriff der Hamas](#) mit Hunderten Toten Israelis wiederholt.

Mit gutem Grund zirkulieren gegenwärtig viele Artikel zum Thema Völkerrecht. Der deutsche Richter im Ruhestand Peter Vonnahme – auf Globalbridge.ch schon mehrmals zu lesen – schrieb den folgenden Beitrag in erster Linie für die deutschen «NachDenkSeiten», schickte ihn aber bewusst auch Globalbridge.ch in der Annahme, dass viele Globalbridge-Leserinnen und -Leser die «NachDenkSeiten» nicht abonniert haben, und deshalb mit dem Wunsch, ihn auch hier zu veröffentlichen. Wir kommen diesem seinem Wunsch sehr gerne nach.

Gaza liegt in Schutt und Asche. 10.000 Tote bisher (3.500 Kinder). 40 Prozent der Gebäude zerstört. Ende nicht absehbar. Die Hälfte der Bevölkerung Gazas irrt im Süden des Landstrichs umher, verzweifelt, heimatlos, hoffnungslos – in ständiger Angst vor einem todbringenden Militärschlag. Eine Flucht aus dem Freiluftgefängnis ist unmöglich, weil Israel die Grenzen überwacht. Das Schlupfloch nach Ägypten ist geschlossen. Im Innern herrscht Mangel an allem, an Trinkwasser, Nahrung, Medikamenten, Kliniken, Öl und Benzin. Gaza wandelt sich vom Gefängnis zum Kinderfriedhof. Es ist die Hölle auf Erden. Alle Appelle, die Zivilbevölkerung zu schonen, verhallen im Nichts. Israel führt nicht mehr nur einen Krieg gegen die Hamas, es ist inzwischen ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung Gazas.

Aber ein Massaker rechtfertigt nicht das nächste. Ein Staat, der sich gegen Terroristen wehrt, darf nicht selbst zu Mitteln des Terrors greifen, andernfalls wird er selbst zum Terrorstaat. Das Völkerrecht kennt kein Recht auf Rache. Wie brutal und niederträchtig die Angriffe der Hamas auf Zivilisten auch gewesen sein mögen, sie sind keine Legitimation für Bombardements und Raketenangriffe auf die

Zivilbevölkerung. Außerdem verbietet das Völkerrecht die Aushungerung von Menschen. Zwischenfazit: Die Blockade von Gaza durch Israel ist völkerrechtswidrig. Schon 2017 kam die UN [in einem Untersuchungsbericht](#) zu folgendem Ergebnis: „Viele dieser Maßnahmen verstoßen gegen das Völkerrecht, da sie die gesamte Bevölkerung von Gaza ohne Rücksicht auf die individuelle Verantwortung treffen und somit einer kollektiven Bestrafung gleichkommen.“

Bei einer Sitzung des Weltsicherheitsrates am 24. Oktober verurteilte UN-Generalsekretär António Guterres die Angriffe der islamistischen Hamas auf Israel auf das Schärfste. [Dann sagte er](#) mit Blick auf die 56 Jahre dauernde, „erdrückende Besatzung“ durch Israel: „Es ist wichtig zu erkennen, dass die Angriffe der Hamas nicht im luftleeren Raum stattfanden ... Der Schutz der Zivilbevölkerung bedeutet nicht, mehr als eine Million Menschen zur Evakuierung in den Süden zu befehlen, wo es keine Unterkünfte, keine Nahrung, kein Wasser, keine Medikamente und keinen Treibstoff gibt, und dann den Süden selbst weiter zu bombardieren.“

Durch solche juristischen Klarstellungen werden die Verbrechen der Hamas nicht „relativiert“, selbst wenn israelische Regierungsvertreter es immer wieder behaupten. Deshalb ist die vom israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen erhobene Rücktrittsforderung gegen Guterres unangemessen. Sie missdeutet bewusst Guterres' Worte und verkennt außerdem das Völkerrecht.

### **.) Greta Thunberg ergreift Partei für Palästinenser – Mann springt empört auf die Bühne:** [Greta Thunberg ergreift Partei für Palästinenser – Mann springt empört auf die Bühne | MOPO](#)

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat erneut eine Klimademonstration genutzt, um für die Palästinenser Partei zu ergreifen. Mit einem traditionellen schwarz-weißen Palästinensertuch um den Hals sagte sie am Sonntag bei einer per Livestream übertragenen Kundgebung in Amsterdam, die Klimaschutzbewegung habe die Pflicht, „auf die Stimmen jener zu hören, die unterdrückt sind und die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen“.

Dann gab Thunberg das Mikrofon an eine Frau weiter, die ebenfalls ein Palästinensertuch trug und behauptete, Israel begehe „in meinem Land einen Völkermord“. Israel greife gezielt Krankenhäuser und Zivilisten an, sagte die Frau.

#### **Thunberg bei Klima-Demo: Teilnehmer empört**

Viele Teilnehmer reagierten empört auf die Anschuldigungen. Ein Mann sprang vor laufenden Kameras auf die Bühne und rief ins Mikrofon: „Ich bin für eine Klimademonstration hierher gekommen, nicht, um politische Ansichten zu hören.“ Thunberg rief die Teilnehmer daraufhin auf, Ruhe zu bewahren und skandierte dann mehrfach: „No climate justice on occupied land.“ („Auf besetztem Land gibt es keine Klimagerechtigkeit.“) Sie spielte damit offenkundig auf die von Israel besetzten palästinensischen Gebiete an.



Aktuelle Informationen zum Nahostkonflikt lesen Sie in unserem Liveticker. Nach einer ähnlichen Aktion im vergangenen Monat war Thunberg bereits dafür kritisiert worden, dass sie die israelischen Opfer des Massakers der Hamas vom 7. Oktober mit rund 1200 Toten nicht gesondert erwähnt hatte. An der Klimademonstration beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter rund 85.000 Menschen; sie sei damit die bisher größte derartige Demo in den Niederlanden gewesen.

**Anmerkung:** Zum Massaker der Hamas hat Greta Thunberg sehr wohl Stellung genommen. Jedenfalls hat Frau Thunberg keine antisemitische Äußerungen gemacht. Zum **Palästinäner-Tuch**, welches sie trug bleibt anzumerken, dass schon vor Jahrzehnten die linke Szene das Palästinäner Tuch getragen hat. Ein Parka und ein Palästinäner Tuch gehörten zur Standard-Ausrüstung auf Demos – wie z. B. gegen das AKW Brokdorf. Aber auch im Alltag trugen viele das Palästinäner Tuch.

**Fazit:**

**Das negative Verhalten gegenüber Greta Thunberg ist grob opportunistisch und charakterlos!!!!**

.) **Demonstration und Kundgebung für den Frieden am 25.11. in Berlin / Bustickets ab Hamburg:** <https://nie-wieder-krieg.org>

Bustickets können über die folgende Webseite bestellt werden:

[www.busfahrt-frieden.de](http://www.busfahrt-frieden.de)

In der Woche vom 27.11 bis 30.11. verabschiedet der Bundestag den Haushalt 2024, den man nur noch als Kriegsetat bezeichnen kann. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen und jeder 5. Euro für das Militär ausgegeben. Das ist ein Kriegs- und Krisenhaushalt mit Umverteilung von unten nach oben sowie der Ausdruck einer von der Ampel unter Mithilfe der Mehrheit der Opposition durchgedrückten gesellschaftlichen Neuorientierung auf Krieg und autoritärer Krisenbewältigung. Die Folge der völlig verfehlten Regierungspolitik sind die Gefahr der Deindustrialisierung und Demokratieabbau.

.) **FFF und Palästinasoli :**

Kampagne: »Diese Vorwürfe stimmen natürlich nicht«, Tageszeitung junge Welt, 13.11.2023

**»Diese Vorwürfe stimmen natürlich nicht«**

**Fridays for Future International wird wegen Palästina-Solidarität mit Antisemitismusvorwürfen überzogen. Ein Gespräch mit Hasan Özbay: Ihnen wird vorgeworfen, auf den Social-Media-Auftritten von Fridays for Future International propalästinensische Inhalte plazierte zu haben. Wie groß ist Ihr Einfluss auf die FFF-Kanäle?**

Ich habe dort keinen überproportionalen Einfluss. Organisationen wie FFF haben eine flache Hierarchie, und niemand hat das letzte Wort. Alles wird im Konsens abgestimmt. Natürlich kann sich jede einzelne Person für ein bestimmtes Thema stark machen, was ja die Stärke einer solchen Struktur ist. Mein Interessengebiet ist Antikolonialismus, und angesichts der sich immer weiter verschlechternden Lage in Palästina habe ich mich für Palästina-Solidarität stark gemacht. Mir unterlag nie die Kontrolle über die Accounts, Positionen werden im Konsens gepostet. Wären diese Positionen nicht akzeptiert worden, wären sie nie veröffentlicht worden.

**In einer Recherche für die Jüdische Allgemeine, JA, Anfang August wurden Indizien für Ihren vermeintlichen Einfluss auf FFF International zusammengetragen. Trifft das so nicht zu?**

Die Anschuldigungen der JA treffen natürlich nicht zu. Diese Recherche war sehr selektiv und erinnerte eher an eine Verschwörungstheorie als an soliden Journalismus. Der JA lagen die Screenshots unserer Tweets vor. Sie entschieden aber, sich nur auf die Palästina-Tweets zu fokussieren und nicht etwa auf Tweets zu Jahrestagen der Schoah oder zu Verurteilungen antisemitischer Attacken.

**Immer wieder wird gegen FFF International der Vorwurf des Antisemitismus laut, auch gegen Sie persönlich. Was erwidern Sie?**

Diese Vorwürfe stimmen natürlich nicht. Hier geht es primär darum, eine Organisation zu dämonisieren, die sich außerhalb der deutschen Staatsräson positioniert. In diesem Sinne ist sie eine Gefahr für das deutsche Selbstbild und die deutsche Außenpolitik. Dass diese Vorwürfe auch mich treffen ist selbstverständlich, weil es ja viel einfacher ist, einen jungen Migranten zu attackieren, als sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen. Dass Antizionismus Antisemitismus in einem neuen Gewand sein soll, stimmt nicht. Glauben Leute wirklich, dass Palästinenser gegen Zionismus sind, weil sie antisemitisch sind oder doch eher, weil Israel ihnen die Häuser, Felder und Lebensgrundlage raubt? Israel ist ein Staat wie jeder andere auch, und deshalb darf er auch wie jeder andere kritisiert werden.

**Sollten sich Klimagerechtigkeitsbewegungen nicht auf ihr Kerngeschäft konzentrieren? Warum überhaupt ein Fokus auf Israel–Palästina?**

FFF International sieht die Klimafrage ja nicht in einem liberalen Rahmen à la »Jetzt schauen wir, dass jeder ein Elektroauto kauft«. Es geht um Klimagerechtigkeit. Gerechtigkeit ist ein universelles und holistisches Anliegen. Unser kapitalistisches System ist an den Ressourcen der Region interessiert, und diese sind nun mal vorwiegend Kohlenwasserstoffe wie Öl und Gas und nicht Orangen oder Olivenöl aus Palästina. Natürlich spielen dann Imperialismus und Kolonialismus eine Rolle, die die Ausschöpfung dieser Ressourcen forcieren, und Israel ist in der Region ein außenpolitisch verlässlicher Anker für unsere Regierungen. Zudem wäre es lächerlich, von Klimagerechtigkeit zu sprechen und dann nichts über die Landnahme an indigenen Völkern zu sagen, wenn es gerade diese sind, die bewiesen haben, wie

man respektvoll und vor allem ressourcensparend vom Land leben kann. In Deutschland hört man das nicht gerne, aber es waren die Palästinenser und andere Völker, die die »Wüste« über Jahrtausende zum Blühen gebracht haben. Und nicht Siedler aus Europa. Das gilt auch für die Westsahara oder Arzach und überall dort, wo indigenen Völkern ihr Land für Profitmaximierung gestohlen wird. Deswegen kann Klimagerechtigkeit nur Hand in Hand mit Antikapitalismus funktionieren.

**Wiederholt hieß es, bei Kritik würden Sie vorschnell mit dem Vorwurf des Rassismus kontern. Werden in westlichen Gruppen der Klimaschutzbewegung Stimmen nichtweißer Personen unterdrückt?**

Natürlich haben westliche Klimabewegungen ein Rassismusproblem. Das wird von Vertreterinnen wie Luisa Neubauer gedeckt und verschwiegen. Sich nicht um indigene Völker kümmern zu wollen ist ja ein sehr gutes Beispiel. Das Rassismusproblem in FFF war lange vor Israel ein Thema, für das ich innerhalb der Organisation bekannt wurde. Es ist kein Zufall, dass sich marginalisierte Gruppen gezwungen fühlten, BIPOC for Future zu gründen.

.) **Kritik an Greta Thunberg: „Ab jetzt Israelhasserin“**

[Kritik an Greta Thunberg: „Ab jetzt Israelhasserin“ - taz.de](#)

Nach einem Auftritt bei einer Klimademo in Amsterdam: Fridays-Initiatorin Greta Thunberg wird vorgeworfen, sie habe sich antisemitisch geäußert. In den sozialen Medien sprachen einige vom „Ende der Ära Thunberg“. Im Raum steht der Vorwurf, die berühmte Aktivistin sei antisemitisch. Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), Volker Beck, bezeichnete Thunbergs Äußerungen als das „Ende von Greta Thunberg als Klimaaktivistin“. Sie sei „ab jetzt hauptberuflich Israelhasserin“, fügte er in seiner Kritik im Onlinedienst X, ehemals Twitter, hinzu. „2.000 Jahre europäischem Hass auf Juden wird ein neues Kapitel hinzugefügt.“

**Anmerkung: Nochmal- hier wird ganz penetrant Kritik an Israel – noch schlimmer – einfach nur Solidarität mit dem Leid der Palistinenser mit „Antisemitismus“ gleich gesetzt. Das ist mehr als fatal und eher ein deutlicher Beleg für die Unterstützung des israelischen Apartheitsystem.**

**„Wer für Palästina ist, gilt bei dieser Schlichtdenkweise als Antisemit. Greta Thunberg ist absolut keine Antisemitin.“**

.) **Fanklub Bilbao vom FC St. Pauli löst sich wegen einseitig proisraelischer Positionierung des Hamburger Vereins auf :**

<https://www.jungewelt.de/artikel/462857.fanklub-bilbao-vom-fc-st-pauli-l>

[%C3%B6st-sich-wegen-einseitig-proisraelischer-positionierung-des-hamburger-vereins-auf.html](#)

Das richtet sich auch an alle, die meinen ihre Aufgabe sei jetzt, die deutsche Staatsraison in der Stadt durchzusetzen, ergänzend oder am Besten noch Hand in Hand mit den Cops.

**.) Wg: Den Horror beenden:**

<https://www.medico.de/den-horror-in-gaza-beenden-19283>

Diese Nachricht wurde von meinem Android Mobiltelefon mit GMX Mail gesendet.

Am 13.11.23, 17:50 schrieb medico-Newsletter <info@medico.de>:

Sehr geehrte Frau Hatscher,

die Menschen in Gaza durchleben seit Wochen die blanke Hölle und kein Tunnel unter ihnen rechtfertigt die Fortsetzung dieses Albtraums. 11.000 Tote binnen vier Wochen, ganze Familien ausgelöscht, 1,5 Millionen Menschen auf der Flucht, Sicherheit nirgendwo. **Dieser Albtraum muss enden und zwar sofort.** Israel wird durch die Verbrechen der Hamas nicht von seiner eigenen völkerrechtlichen Verantwortung entbunden: Gezielte Angriffe auf nicht-militärische Infrastruktur und die Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen und müssen – ebenso wie die Verbrechen der Hamas – verfolgt werden, schreiben wir in einer aktuellen Erklärung.

Über die Tiefe des Schocks, den die Massaker der Hamas am 7. Oktober in Israel auslösten, schreibt Yehuda Shaul, Gründer der medico-Partnerorganisation Breaking the Silence. Er kritisiert die Perspektivlosigkeit der militärischen Reaktion und lenkt den Blick auch auf die Westbank, wo radikale Siedler die Situation zur Vertreibung palästinensischer Gemeinden nutzen. Yehuda folgert: "Was am 7. Oktober geschah, muss in die **Suche nach einer politischen Lösung** kanalisiert werden, die wirklich Frieden und Sicherheit bringen kann."

Wir stehen auch heute an der Seite unserer Partner:innen in Israel und Palästina, so gut, wie das gerade möglich ist. Und es ist nicht gut möglich. Denn sie alle sind verzweifelt, am Ende und todtraurig. Sie sind umgeben von Angst und Tod. Sie schlafen nicht und es explodiert tagtäglich die Welt um sie herum. Sie versuchen und mit ihnen wir, sich nicht der herrschenden Kriegslogik und den falschen Dichotomien zu beugen. Diese Perspektive und ihre Arbeit **können Sie mit einer Spende unterstützen.**

Mit der deutschen Debatte um die Gewalt in Nahost, um Antisemitismus und Rassismus und mit dem auch darin aufscheinenden Autoritarismus setzt sich Mario Neumann im **Leitartikel des kommenden medico-Rundschreibens** auseinander, den wir ebenso wie den vorigen Beitrag vorab veröffentlichen. Mit am frappierendsten scheint uns, wie rassistisch die derzeitige Leitkultur-Debatte ist. Der Bekämpfung des wachsenden Antisemitismus erweist sie einen Bärendienst. Stattdessen schließt sie

nahtlos an den Diskurs über Migration an, wie wir ihn seit Monaten erleben müssen. Dagegen halten wir gemeinsam mit anderen antirassistischen Initiativen und Organisationen an einer offenen Gesellschaft fest: [Gegen Antisemitismus und Rassismus ist unsere Solidarität unteilbar](#). Mit besorgten Grüßen  
Mritz Krawinkel

### -) Krieg im Nahen Osten: Logik der Solidarität:

<https://taz.de/Krieg-im-Nahen-Osten/!5969308/>

Besonders in Zeiten des Krieges gilt es, der Polarisierung entgegenzuwirken. Jüdische und palästinensische Aktivist:innen in Israel sind mutig.

Seit Anfang des Jahres gingen in Israel jeden Samstagabend Hunderttausende meist linksliberale, überwiegend jüdische Israelis auf die Straße, um gegen die antidemokratischen, autoritären Pläne der rechtsreligiösen, teils rechtsradikalen Regierung zu protestieren, die die unabhängige Gerichtsbarkeit im Staat schwächt. Die jüdischisraelische Gesellschaft schien gespalten wie noch nie. Hier die Befürworter:innen, dort die Gegner:innen von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Im Zuge der politisch turbulenten Wochen des vergangenen Sommers einschließlich der Abschaffung der sogenannten Angemessenheitsklausel in einer historischen Knessetsitzung wurde dann zudem Kritik an der Radikalisierung des Siedlungsbaus sowie der Siedlergewalt im besetzten Westjordanland laut.

Viele Demonstrierende, darunter nicht nur die kleine Gruppe der Antibesatzungsaktivist:innen, schienen zunehmend zu erkennen, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen den autoritären Plänen der Regierung sowie der Eskalation der Besatzungs- und Annexionspolitik besteht und dass diese Politik auch die Sicherheit der Bevölkerung innerhalb Israels in seinen anerkannten Grenzen von 1948 gefährden könnte.

### .) Der Anführer des Globalen Südens zündelt gegen Israel :

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus248318672/Brasilien-Lula-da-Silva-Der-Anfuehrer-des-Globalen-Suedens-zuendelt-gegen-Israel.html>

### .) KRIEG IM NAHEN OSTEN -Trauer um Bombenopfer

<https://www.jungewelt.de/artikel/463108.krieg-im-nahen-osten-trauer-um-bombenopfer.html>

Vereinte Nationen beklagen getötete Mitarbeiter. Scholz und Baerbock gegen Waffenstillstand, Israel droht Medien.

Weltweit haben Büros der Vereinten Nationen am Montag ihre Fahnen auf halbmast gesenkt. Mit einer Schweigeminute wurde der 109 Kolleginnen und Kollegen gedacht, die beim israelischen Bombardement des Gazastreifens getötet worden waren. Es handele sich um den bisher verlustreichsten Konflikt für die UNO, hieß es am Sitz des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA), das seit dem 7. Oktober 101 Mitarbeiter verloren hat. Weitere UN-Organisationen haben acht Tote zu beklagen. Lehrer, Ärzte, Psychologen, Pfleger, Techniker und Ingenieure, die für die Vereinten Nationen gearbeitet hätten, seien getötet worden, während sie für Brot anstanden, mit ihren Familien zu Hause waren, beim Einsatz in Schulen oder in Schutzräumen, wo die Menschen aus Gaza Zuflucht gesucht hätten. [Mehr unter Link](#)

**.) Wir haben erneut versagt:**

<https://www.jungewelt.de/artikel/463108.krieg-im-nahen-osten-trauer-um-bombenopfer.html> - dazu auch 109 Bombenopfer der UN-Org UNRWA, die angeblich für die Hamas arbeiteten.

Rücktrittsschreiben Craig Mokhiber, Leiter der OHCHR in Neu York :

[«Herr Hochkommissar, wir haben erneut versagt.» - GlobalBridge](#)

**(Red.) Craig Mokhiber, der Direktor des New Yorker Büros des Hochkommissariats für Menschenrechte der UNO, hat aus Protest sein Amt niedergelegt. Hier sein Rücktrittsschreiben, übersetzt ins Deutsche von der «Jüdischen Stimme».**

Sehr geehrter Herr Hochkommissar

Dies ist meine letzte offizielle Mitteilung an Sie als Direktor des [New Yorker Büros des Hochkommissars für Menschenrechte](#).

Ich schreibe Ihnen in einer Zeit, in der die Welt und viele unserer Kollegen und Kolleginnen in großer Sorge sind. Wieder einmal sehen wir, wie sich vor unseren Augen ein Völkermord entfaltet, und die Organisation, der wir dienen, scheint machtlos zu sein, ihn zu beenden. Als jemand, der sich seit den 1980er Jahren mit den Menschenrechten in Palästina befasst, in den 1990ern als UN-Menschenrechtsberater in Gaza gelebt und davor und danach dort mehrere Menschenrechtsmissionen durchgeführt hat, fühle ich mich davon zutiefst persönlich betroffen. Ich habe in diesen Räumen auch während der Völkermorde an den Tutsi, an den bosnischen Muslimen, den Jesiden und den Rohingya gearbeitet. In jedem dieser Fälle wurde mir schmerzhaft deutlich, nachdem sich der Staub von den Gräueltaten an der wehrlosen Zivilbevölkerung gelegt hatte, dass wir unserer Pflicht zur Verhinderung von Massenmorden, zum Schutz der Schwachen und dazu, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, nicht nachgekommen waren. Und so war es auch bei den aufeinanderfolgenden Wellen der Ermordung und Verfolgung von Palästinenserinnen und Palästinensern während der gesamten Amtszeit der Vereinten Nationen.

Herr Hochkommissar, wir haben erneut versagt.

Als Menschenrechtsanwalt mit mehr als drei Jahrzehnten Erfahrung auf diesem Gebiet weiß ich sehr wohl, dass der Begriff Völkermord oft politisch missbraucht wird. Doch der gegenwärtige Massenmord am palästinensischen Volk auf der Grundlage einer ethno-nationalistischen Siedlerkolonialideologie, welche die jahrzehntelange systematischen Verfolgung und ethnische Säuberung eines Volkes fortsetzt, nur weil die Menschen Araber sind, und die mit ausdrücklichen Absichtserklärungen führender Vertreter der israelischen Regierung und des Militärs einhergehen, lässt keinen Raum für Zweifel oder Debatten. Im Gazastreifen werden zivile Gebäude, Schulen, Kirchen, Moscheen und medizinische Einrichtungen mutwillig angegriffen und Tausende von Zivilisten massakriert. Im Westjordanland, einschließlich dem besetzten Jerusalem, werden Häuser beschlagnahmt und neu zugeteilt, und israelische Militäreinheiten begleiten gewalttätige Siedlerpogrome. Überall im Land herrscht Apartheid.

Dies ist Völkermord wie aus dem Lehrbuch. Das europäische, ethno-nationalistische, koloniale Siedlerprojekt in Palästina ist in seine Schlussphase getreten, die auf die beschleunigte Zerstörung der letzten Reste einheimischen palästinensischen Lebens in Palästina abzielt. Mehr noch, die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und eines Großteils Europas sind an diesem schrecklichen Angriff beteiligt. Diese Regierungen weigern sich nicht nur, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, „die Einhaltung der Genfer Konventionen zu gewährleisten“, sondern sie bewaffnen den Angriff aktiv, unterstützen ihn wirtschaftlich und nachrichtendienstlich und geben Israels Gräueltaten politische und diplomatische Rückendeckung.

Gleichzeitig verstoßen westliche Medien, die zunehmend vom Staat vereinnahmt werden, offen gegen Artikel 20 des ICCPR (International Covenant on Civil and Political Rights, Zivilpakt), indem sie die Palästinenser entmenschlichen, um den Völkermord zu erleichtern, und Kriegspropaganda und die Befürwortung nationalen, rassistischen oder religiösen Hasses verbreiten, was eine Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt darstellt. In den USA ansässige Social-Media-Unternehmen unterdrücken die Stimmen von Menschenrechtlern und verbreiten israelfreundliche Propaganda. Online-Trolle der Israel-Lobby und GONGOS belästigen und verleumden Menschenrechtsaktivisten, und westliche Universitäten und Arbeitgeber arbeiten mit ihnen zusammen, um diejenigen zu bestrafen, die es wagen, sich gegen die Gräueltaten auszusprechen. Nach diesem Völkermord müssen auch diese Akteure zur Rechenschaft gezogen werden, so wie es bei Radio Milles Collines in Ruanda geschah.

Unter diesen Umständen sind die Anforderungen an unsere Organisation, prinzipientreu und effektiv zu handeln, größer denn je. Aber wir haben die Herausforderung nicht angenommen. Die Schutzmacht Sicherheitsrat wurde erneut

durch die Unnachgiebigkeit der USA blockiert, das Generalsekretariat wird wegen der leisesten Proteste angegriffen, und unsere Menschenrechtsmechanismen werden von einem organisierten Netz im Internet straflos verleumdet. Jahrzehntelange Ablenkung durch die illusorischen und größtenteils unaufrichtigen Versprechungen von Oslo haben die Organisation von ihrer Kernaufgabe, dem Schutz des Völkerrechts, der internationalen Menschenrechte und der Charta selbst, abgelenkt. Das Mantra der „Zweistaatenlösung“ ist in den Korridoren der UNO zu einem offenen Witz geworden, sowohl wegen seiner faktischen Unmöglichkeit als auch wegen seines völligen Versagens, den unveräußerlichen Menschenrechten des palästinensischen Volkes Rechnung zu tragen. Das so genannte „Quartett“ ist zu nichts als einem Feigenblatt für Untätigkeit und die Akzeptanz eines brutalen Status quo geworden. Die (von den USA verordnete) Berufung auf „Vereinbarungen zwischen den Parteien selbst“ (anstelle des Völkerrechts) war immer eine leicht zu durchschauende Täuschung, die darauf abzielte, die Macht Israels über die Rechte der besetzten und enteigneten Palästinenser zu stärken.

Sehr geehrter Herr Hochkommissar, ich kam in den 1980er Jahren zu dieser Organisation, weil ich in ihr eine prinzipientreue, auf Normen basierende Institution vorfand, die voll und ganz auf der Seite der Menschenrechte stand, auch in Fällen, in denen die mächtigen USA, Großbritannien und Europa nicht auf unserer Seite waren. Während meine Regierung, ihre subsidiären Institutionen und ein Großteil der US-Medien immer noch die südafrikanische Apartheid, die israelische Unterdrückung und die mittelamerikanischen Todesschwadronen unterstützten oder rechtfertigten, setzte sich die UNO für die unterdrückten Völker dieser Länder ein. Wir hatten das Völkerrecht auf unserer Seite. Wir hatten die Menschenrechte auf unserer Seite. Wir hatten Grundsätze auf unserer Seite. Unsere Autorität wurzelte in unserer Integrität. Doch das ist vorbei.

In den letzten Jahrzehnten haben wichtige Teile der UNO vor der Macht der USA und der Angst vor der Israel-Lobby kapituliert, diese Grundsätze aufgegeben und sich vom Völkerrecht selbst zurückgezogen. Wir haben dadurch viel verloren, nicht zuletzt unsere eigene weltweite Glaubwürdigkeit. Doch unser Versagen hat vor allem dem palästinensischen Volk den größten Schaden zugefügt. Es ist eine verblüffende historische Ironie, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im selben Jahr verabschiedet wurde, in dem die Nakba am palästinensischen Volk verübt wurde. Anlässlich des Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte täten wir gut daran, uns von dem alten Klischee zu verabschieden, dass sie das Ergebnis der Grausamkeiten ist, die ihr vorausgingen, und zuzugeben, dass sie zeitgleich mit einem der grausamsten Völkermorde des 20. Jahrhunderts, der Zerstörung Palästinas, entstanden ist. In gewissem Sinne versprachen die Verfasser Menschenrechte für alle, außer für das palästinensische Volk. Und wir sollten uns auch daran erinnern, dass es die Vereinten Nationen selbst waren, die die Erbsünde



begingen, die Enteignung des palästinensischen Volkes zu erleichtern, indem sie das europäische Siedlerkolonialprojekt ratifizierten, das sich palästinensischen Landes bemächtigte und es den Kolonisten überließ. Es gibt viel, wofür wir büßen müssen. Aber der Weg zur Sühne liegt klar vor uns. Wir können viel von der prinzipientreuen Haltung lernen, die in den letzten Tagen auf der ganzen Welt in Städten an den Tag gelegt wurde, als Menschen gegen den Völkermord aufstanden, auch unter dem Risiko von Schlägen und Verhaftungen. Palästinenser und ihre Verbündeten, Menschenrechtsaktivisten jeder Couleur, christliche und muslimische Organisationen und fortschrittliche jüdische Stimmen, die sagen „nicht in unserem Namen“, gehen voran. Alles, was wir tun müssen, ist ihnen zu folgen.

Gestern, nur wenige Straßen von hier entfernt, wurde die New Yorker Grand Central Station von Tausenden jüdischen Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen besetzt, die sich mit dem palästinensischen Volk solidarisierten und ein Ende der israelischen Tyrannei forderten (viele riskierten dabei ihre Verhaftung). Damit haben sie die israelische Hasbara-Propaganda (und die alte antisemitische Floskel), dass Israel das jüdische Volk repräsentiert, mit einem Schlag entkräftet. Das tut es nicht. Israel ist allein für seine Verbrechen verantwortlich. An dieser Stelle muss trotz gegenteiliger Verleumdungen der Israel-Lobby wiederholt werden, dass Kritik an Israels Menschenrechtsverletzungen nicht antisemitisch ist, ebenso wenig wie Kritik an saudischen Menschenrechtsverletzungen islamfeindlich, Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Myanmar antibuddhistisch oder Kritik an indischen Menschenrechtsverletzungen antihinduistisch ist. Wenn sie versuchen, uns mit Verleumdungen zum Schweigen zu bringen, müssen wir unsere Stimme erheben, statt sie zu senken. Ich vertraue auf Ihre Zustimmung, Herr Hochkommissar, dass es genau darum geht, die Wahrheit zu sagen.

Ich schöpfe jedoch auch Hoffnung aus den Teilen der UNO, die sich trotz des enormen Drucks geweigert haben, die Menschenrechtsprinzipien der Organisation aufzugeben. Unsere unabhängigen Sonderberichterstatter, Untersuchungskommissionen und Vertragsexperten sowie die meisten unserer Mitarbeitenden haben sich weiterhin für die Menschenrechte des palästinensischen Volkes eingesetzt, auch wenn sich andere Teile der UNO (selbst auf höchster Ebene) schändlich vor der Macht verneigt haben. Als Hüterin der Menschenrechtsnormen und -standards hat das Hochkommissariat für Menschenrechte die Pflicht, diese Standards zu verteidigen. Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, uns Gehör zu verschaffen, vom Generalsekretär bis zum jüngsten UN-Rekruten und quer durch das gesamte UN-System, und darauf zu bestehen, dass die Menschenrechte des palästinensischen Volkes nirgendwo unter der blauen Flagge zur Debatte stehen, verhandelbar sind oder ein Kompromiss eingegangen werden kann.

Wie sähe also eine auf UN-Normen basierende Position aus? Worauf würden wir

hinarbeiten, wenn wir unseren rhetorischen Ermahnungen in Bezug auf Menschenrechte und Gleichheit für alle, die Rechenschaftspflicht für Täter, Wiedergutmachung für die Opfer, Schutz der Schwachen und Stärkung der Rechteinhaber treu bleiben würden, alles im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit? Die Antwort ist meiner Meinung nach einfach – wenn wir die Klarsicht haben, hinter die propagandistischen Nebelwände zu blicken, die die Vision von Gerechtigkeit verzerren, auf die wir eingeschworen sind, wenn wir den Mut haben, die Angst und die Ehrfurcht vor mächtigen Staaten aufzugeben, und wenn wir den Willen haben, das Banner der Menschenrechte und des Friedens wirklich hochzuhalten. Sicherlich ist dies ein langfristiges Projekt und ein steiler Aufstieg. Aber wir müssen jetzt damit beginnen oder uns dem unsagbaren Grauen ergeben. Ich sehe zehn wesentliche Punkte:

1. Legitimes Handeln: Erstens müssen wir in der UNO das gescheiterte (und größtenteils unaufrichtige) Oslo-Paradigma, seine illusorische Zweistaatenlösung, sein ohnmächtiges und mitschuldiges Quartett und seine Unterwerfung des Völkerrechts unter das Diktat vermeintlicher politischer Zweckmäßigkeit aufgeben. Unsere Positionen müssen unmissverständlich auf dem internationalen Menschenrecht und dem Völkerrecht beruhen.

**2. Klarsicht: Wir dürfen nicht mehr den Anschein erwecken, es handele sich lediglich um einen Land- oder Religionskonflikt zwischen zwei Kriegsparteien, und die Realität anerkennen, in der ein unverhältnismäßig mächtiger Staat eine einheimische Bevölkerung auf der Grundlage ihrer ethnischen Zugehörigkeit kolonisiert, verfolgt und enteignet.**

3. Ein Staat auf der Grundlage der Menschenrechte: Wir müssen die Errichtung eines einzigen, demokratischen, säkularen Staates im gesamten historischen Palästina unterstützen, mit gleichen Rechten für Christen, Muslime und Juden, und somit die Abschaffung des zutiefst rassistischen, siedlerkolonialen Projekts und ein Ende der Apartheid im ganzen Land.

**4. Kampf gegen Apartheid: Wir müssen alle Bemühungen und Ressourcen der UNO auf den Kampf gegen die Apartheid ausrichten, so wie wir es in den 1970er, 80er und frühen 90er Jahren für Südafrika getan haben.**

5. Rückkehr und Entschädigung: Wir müssen das Recht auf Rückkehr und die volle Entschädigung für alle Palästinenser und ihre Familien, die derzeit in den besetzten Gebieten, im Libanon, in Jordanien, in Syrien und in der Diaspora auf der ganzen Welt leben, bekräftigen und darauf bestehen.

6. Wahrheit und Gerechtigkeit: Wir müssen einen Prozess der Übergangsjustiz

fordern, der die jahrzehntelang gesammelten Untersuchungen, Ermittlungen und Berichte der UNO in vollem Umfang nutzt, um die Wahrheit zu dokumentieren, alle Täter zur Rechenschaft zu ziehen sowie Wiedergutmachung für alle Opfer und Wiedergutmachung für dokumentierte Ungerechtigkeiten sicherzustellen.

7. Schutz: Wir müssen auf die Entsendung einer gut ausgestatteten und mit einem starken Mandat versehenen UNO-Schutztruppe drängen, mit einem dauerhaften Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung vom Fluss bis zum Meer.

8. Entwaffnung: Wir müssen uns für die Beseitigung und Zerstörung von Israels massiven Beständen an nuklearen, chemischen und biologischen Waffen einsetzen, damit der Konflikt nicht zu einer totalen Zerstörung der Region führt und möglicherweise darüber hinaus.

9. Vermittlung: Wir müssen erkennen, dass die USA und andere westliche Mächte in Wirklichkeit keine glaubwürdigen Vermittler sind, sondern tatsächlich Konfliktparteien, die gemeinsam mit Israel an der Verletzung der Rechte der Palästinenser beteiligt sind. Als solche sind sie in die Pflicht zu nehmen.

10. Solidarität: Wir müssen unsere Türen (und die Türen des Generalsekretariats) weit öffnen für die Legionen palästinensischer, israelischer, jüdischer, muslimischer und christlicher Menschenrechtsverteidiger, die sich mit dem palästinensischen Volk und seinen Menschenrechten solidarisieren, und den ungehinderten Zustrom von Israel-Lobbyisten in die Büros der UN-Bosse stoppen, wo sie für fortgesetzten Krieg, Verfolgung, Apartheid und Straffreiheit eintreten und unsere Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten für ihre prinzipienfeste Verteidigung der palästinensischen Rechte verleumden.

Das wird Jahre dauern, und die westlichen Mächte werden uns bei jedem Schritt bekämpfen, weshalb wir standhaft bleiben müssen. Kurzfristig müssen wir uns für einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende der langjährigen Belagerung des Gazastreifens einsetzen, uns gegen die ethnische Säuberung des Gazastreifens, Jerusalems und des Westjordanlands (und anderswo) zur Wehr setzen, den völkermörderischen Angriff im Gazastreifen dokumentieren, dabei helfen, den Palästinensern massive humanitäre Hilfe und Unterstützung des Wiederaufbaus zukommen zu lassen, uns um unsere traumatisierten Kollegen und Kolleginnen und ihre Familien kümmern und mit aller Kraft für eine prinzipienfeste Haltung in den politischen Büros der UNO kämpfen.

Das bisherige Versagen der UNO in Palästina ist für uns kein Grund, uns zurückzuziehen. Vielmehr sollte es uns Mut machen, uns vom gescheiterten Paradigma der Vergangenheit zu verabschieden und einen prinzipientreueren Kurs einzuschlagen. Lassen Sie uns als Hochkommissariat für Menschenrechte mutig und stolz der Anti-Apartheid-Bewegung beitreten, die überall auf der Welt im Anstieg begriffen ist, und unser Logo auf das Banner von Gleichheit und Menschenrechten für das palästinensische Volk setzen. Die Welt schaut zu. Wir alle werden

Rechenschaft darüber ablegen müssen, wo wir in diesem entscheidenden Moment der Geschichte stehen. Lassen Sie uns auf der Seite der Gerechtigkeit stehen. Ich danke Ihnen, Herr Hochkommissar Volker, dass Sie diesen letzten Appell von meinem Schreibtisch aus angehört haben. In wenigen Tagen werde ich das Amt zum letzten Mal verlassen, nach mehr als drei Jahrzehnten im Dienst. Aber bitte zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren, wenn ich Ihnen in Zukunft behilflich sein kann.

Mit freundlichen Grüßen,

Craig Mokhiber

**Zur Originalübersetzung der «Jüdischen Stimme».**

**Zum Original-Rücktrittsschreiben von Craig Mokhiber an den UNO Hochkommissar für Menschenrechte Volker Turk in Genf.**

**.) China ruft zu Aufbau von Atom- und Massenvernichtungswaffen-freier Zone in**

**Nahost auf: <https://german.cri.cn/2023/11/14/ARTIVgCsrHqzFi7aah4QyztK231114.shtml>**

China hat die internationale Gemeinschaft aufgerufen, den Aufbau einer Atom- und Massenvernichtungswaffen-freien Zone im Nahen Osten zu unterstützen.

**.) Arzt über seine Arbeit in Gaza: „Solche Zerstörung noch nie erlebt“, „Operationen ohne Betäubung und Blutkonserven: Fadel Naim muss täglich 200 Verletzte in einer Klinik versorgen, die vor dem Krieg 14 Betten hatte.**

**Arzt über seine Arbeit in Gaza: „Solche Zerstörung noch nie erlebt“ - taz.de** Palästinenser betrauern vor dem Krankenhaus Khan Younis ihre im Krieg umgekommenen Verwandten.

Wegen der Kämpfe im Al-Schifa-Krankenhaus funktioniert derzeit nur noch die Al-Ahli-Al-Arabi-Klinik im Norden Gazas. Dort arbeitet der Orthopäde Dr. Fadel Naim mit einem kleinen Team und kaum Ressourcen weiter. Doch das kleine Haus, das vor einem Monat nach einer verheerenden Explosion in die Schlagzeilen geriet, ist der Flut an Verletzten kaum gewachsen. Der leitende Arzt Naim schildert die Lage vor Ort. -unter dem Link -

**.) Dieses DLF-Interview mit Deborah Feldman muss man hören!!!:**

**<https://www.deutschlandfunk.de/zur-antisemitismus-debatte-interview-deborah-feldman-publizistin-dlf-25dcca15-100.html>**

Es ist eine Ohrfeige für alle beamteten Antisemitismusjäger und nicht weniger für die Bundesregierung mit ihrer "Staatsräson".

Politiker aller Parteien instrumentalisieren aus Sicht von Autorin Deborah Feldman den Antisemitismus, um gegen Muslime zu hetzen. Sie fürchtet um den

gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zudem kritisiert sie die „blinde Loyalität“ Deutschlands gegenüber Israel.

**.) JEWS FOR PALESTINE Gegen »Komplizenschaft«:**

<https://www.jungewelt.de/artikel/463272.jews-for-palestine-gegen-komplizenschaft.html>

Irland: »Jews for Palestine« attackieren deutsche Bundesregierung wegen Israel-Politik.

Drei jüdische Aktivisten haben sich am Dienstag mit Handschellen an das Eingangstor der deutschen Botschaft in Dublin gekettet, um gegen Deutschlands Unterstützung für den »neuen Völkermord des 21. Jahrhunderts, der sich vor den Augen der Welt in Gaza abspielt«, zu protestieren. Dem auf X veröffentlichten Aufruf der Gruppe »Jews for Palestine« folgten rund 50 Leute. Die Demonstranten forderten die Bundesregierung auf, sich für einen Waffenstillstand in Nahost einzusetzen, Rüstungsexporte nach Israel einzustellen und die Arrestwelle in Deutschland gegen Gruppen und Personen der Palästina-Solidaritätsbewegung einzustellen. Die Handschellen stehen für die in Deutschland Inhaftierten, erklärte Annie de Bhal, eine der Organisatorinnen, am Dienstag gegenüber jW. Die Gruppe verurteile »diesen zynischen Niederschlag der Redefreiheit«. Teddybären wurden außerhalb der Botschaft plaziert »als Symbol für die 5.000 von Israel getöteten Kinder«, heißt es in der Presseerklärung der Gruppe.

Am Botschaftstor wurde dem Diplomaten Christian Resch eine Liste mit Forderungen übergeben. Er werde diese an das »Hauptquartier in Berlin weiterleiten«, versichert Resch in einem Video, das jW einsehen konnte. Deutschland »behauptet, es würde zum Schutz der heutigen Juden agieren«, heißt es in der Forderungsliste weiter, die auch auf X veröffentlicht wurde. Doch als »Nachkommen derer, die es einst auszurotten versuchte«, lehne die Gruppe diese Darstellung ab. »Deutschland engagiert sich nicht für den Schutz des jüdischen Volkes, sondern für den Schutz des israelischen Staats.« Und dieser begehe »in diesem Moment einen Genozid« in Gaza und im Westjordanland.

**.) Israel/Palästina – kriegstüchtig:**

<https://www.telepolis.de/features/Juedische-Wissenschaftlerin-Judith-Butler-verurteilt-Israels-Voelkermord-in-Gaza-9348476.html?seite=all>

und

<https://www.telepolis.de/features/Boris-Pistorius-Gefahr-eines-Krieges-in-Europa-9348692.html>

**.) HALLE Radio Attac Sendung** <https://www.attac-netzwerk.de/halle/radio-attac/sendungen-2023-zum-nachhoeren/november#c138700>

[https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\\_upload/Gruppen/Halle/Radio/2023/2023\\_11\\_13\\_Radio\\_Attac.mp3](https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Halle/Radio/2023/2023_11_13_Radio_Attac.mp3)

Wir haben uns mit Israel- Palästina beschäftigt.

1. Beitrag

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/judith-butler-ueber-den-terror-der-hamas-und-die-geschichte-der-gewalt>

2. Beitrag

<https://www.derstandard.at/story/2000023296768/wie-einstein-zionist-wurde>

3. Beitrag

[https://www.planet-wissen.de/geschichte/persoenlichkeiten/albert\\_einstein\\_das\\_jahrhundert\\_genie/pw/iepazifistundweltbuerger100.html](https://www.planet-wissen.de/geschichte/persoenlichkeiten/albert_einstein_das_jahrhundert_genie/pw/iepazifistundweltbuerger100.html)

### **.) Türkei und Deutschland: In Pragmatismus vereint :**

[Türkei und Deutschland: In Pragmatismus vereint – taz.de](https://www.taz.de/1/ausland/tuerkei-und-deutschland-in-pragmatismus-vereint)

Die Türkei steht in Nahost auf der Seite der Palästinenser. Warum Präsident Erdoğan dennoch an einem guten Verhältnis zu Deutschland gelegen ist.